

Pressemitteilung des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland e.V. zu Einsparplänen der Bundesregierung bei Streichung des Pflegegrad 1

Der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland e.V. (ABiD) kritisiert scharf die Einsparpläne der Bundesregierung, insbesondere die geplante Streichung des Pflegegrad 1. Rund 900.000 Menschen in Deutschland sind betroffen – für sie bedeutet der Pflegegrad 1 Zugang zu essenziellen Unterstützungsleistungen wie:

Der monatliche Entlastungsbetrag, Zuschüsse zu technischen Hilfsmitteln wie Hausnotruf und digitalen Anwendungen oder Zuschüsse zur Wohnraumanpassung (barrierefreie Umgestaltung des Bades).

Diese Leistungen sind für Menschen mit Behinderungen lebenswichtig. Die geplanten Kürzungen – zusätzlich zu Einschnitten bei der Eingliederungshilfe und der aufgeschobenen Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) – stehen im Widerspruch zur UN-Behindertenrechtskonvention, deren Umsetzung Deutschland zugesagt hat.

ABiD e.V. fordert:

- Sofortige Rücknahme der Kürzungspläne
- Umsetzung der versprochenen Reformen
- Keine Haushaltssanierung auf dem Rücken der Schwächsten

Bringen Sie als Koalition endlich die versprochenen Reformen in Gang!!

„Eine solche Politik gefährdet den sozialen Frieden!“

Im Namen des Vorstandes des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland e.V.

Marcus Graubner

Vorsitzender

Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland
"Für Selbstbestimmung und Würde" (ABiD e.V.)
Friedrichstraße 95
10117 Berlin

Tel.: 030-27593429

Fax.: 030-27593430

[E-Mail:kontakt@abid-ev.de](mailto:kontakt@abid-ev.de)

<https://www.abid-ev.de>